

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

24.9.1921 (No. 223)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Zerstreuer:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. U n d  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die zwei gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Karten frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Prozessverfolgung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Befreiung vom Sichtvermerkszwang.

Die Grenzbezirksämter Dreifach, Mühlheim, Rehl und St. Johann sind ermächtigt worden, in dringenden Fällen aus Frankreich kommenden Ausländern Befreiung vom Sichtvermerk für Hin- und Rückreise zu erteilen, soweit es sich um einen Aufenthalt von nicht mehr als 14 Tagen handelt. Bei längerem Aufenthalt erteilen die Grenzbezirksämter keine Befreiung vom Ausreisefischvermerk, sondern lediglich vom Einreisefischvermerk. Für die in diesem Fall nötig werdende Erteilung eines Ausreisefischvermerks ist nicht, wie bisher vielfach irrtümlich angenommen wurde, die deutsche Konsularstelle in Karlsruhe, sondern die örtlich zuständige Inlandsbehörde, also in Baden das Bezirksamt, zuständig.

#### Konsularische Vertretung Argentinienens.

Der bisherige argentinische Vizekonsul in Stuttgart, Herr Eugen A. Hoffmann, ist von diesem Amt entbunden worden. Damit ist seine Zulassung zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden erloschen.

#### \* Die rechtsbolschewistische Geheimorganisation.

Zeigte die Dramatik der Vorgänge bei den politischen Debatten im badischen Landtag vorgestern mehr das Gepräge des Leidenschaftlichen und Erregten, so war sie in der gestrigen Sitzung mehr auf die Tiefe des Einbruchs abgestimmt. Die Ausführungen des Staatspräsidenten Trunk mit seiner Verlesung der bei der Verfolgung von Erzbergers Mordern entdeckten Sagen einer rechtsbolschewistischen Geheimorganisation riefen eine dermaßen starke, nach innen gehende Wirkung hervor, daß sich turbulente Szenen, wie sie vorgestern der deutschnationalen Abgeordnete Wagner provozierte, ganz von selbst erübrigten. Hier lag ja nun der dokumentarische Beweis für die Existenz einer geheimen Organisation vor, deren Zweck allerdings nicht anders als rechtsbolschewistisch genannt werden können.

Der Eindruck war denn auch wohl innerlich bei den Deutschnationalen nicht gering, wenn auch ihr Führer, der Abgeordnete Wagner, sich mit einer nicht gerade beneidenswerten Sophistik bemühte, die Sache ins Harmlose zu ziehen. Ein solches Unterfangen kann nur lächerlich anmuten und vermag höchstens das Eine zu beweisen, nämlich, daß die Deutschnationalen, obwohl sie mit den Rechtsbolschewisten nicht in einen Topf geworfen werden möchten, doch nur zu sehr bestrebt sind, diesen rechtsbolschewistischen Mohnen weiß zu waschen. Es gibt da eben gewisse gefühlsmäßige Zusammenhänge, die sich nicht ganz verleugnen lassen. Gelänge es den Deutschnationalen, diese Zusammenhänge zu lösen, so wären sie vielleicht reif für eine Mitarbeit, zu der sie auch gestern wieder von dem Staatspräsidenten, der eben das große Ganze im Auge hat und grundsätzlich alle Parteien mit dem neuen Staat versöhnen möchte, eingeladen wurden.

Was die gestern verlesenen Sagen der nationalistischen Geheimorganisation betrifft, so würde auch hier ein jeder Kommentar die Wirkung abschwächen. Wir verweisen unsere Leser auf die genaue Wiedergabe dieser Paragrafen, wie sie weiter unten zu finden ist. Es ist richtig, wenn gestern gesagt wurde, daß diese Organisation an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnert. Und es ist ganz selbstverständlich, daß auch der ruhigste und gutmütigste Bürger, der bisher die rechtsbolschewistische Gefahr in ihrer Bedeutung nicht recht erkannt hat, jetzt denen zustimmen wird, die ein nachdrückliches Einschreiten der Staatsgewalt gegen das Treiben dieser Elemente fordern. Wir betonen nochmals: Mit Parteipolitik braucht das Maß gar nichts zu tun zu haben! Der Kampf gegen ungelegliche Geheimorganisationen, die mit den Mitteln der Gewalt, ja mit der Waffe des Mordes arbeiten, ist eine Pflicht der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit schlechthin. Ein Staat, der dieser Pflicht nicht nachkommt, würde sich damit selbst für bankrott erklären.

Den Ausgangspunkt der Rede des Staatspräsidenten bildete der Hinweis auf einen Artikel des in Bretten (also in Baden) erscheinenden „Süddeutschen Volks-

blatts“ vom 21. September. In diesem, „Die Mörder Erzbergers“ überschriebenen Artikel, der uns im Original vorliegt, wird zunächst erklärt, daß weder Tillesen noch Schulz der Deutschnationalen Volkspartei angehören, noch mit ihr in Beziehungen gestanden haben. Ferner wird behauptet, daß die Familie Tillesen streng katholisch sei und dem Zentrum angehöre. Der Staatspräsident hat darauf bemerkt, daß die behördliche Untersuchung sich mit diesem Punkt gar nicht beschäftigt habe, daß aber, wenn solches behauptet werde, er selber auf Grund des Untersuchungsergebnisses feststellen könne, daß der Mörder Schulz evangelisch sei und nach dem Mord an seine Mutter einen Brief schrieb, worin er seiner Schwester nahe legte, in Zukunft deutschnational zu wählen. Wir gehen auf diesen Passus hier nochmals ein, weil der Bericht der Telegraphen-Union hierüber falsch gewesen ist.

Weiter heißt es in dem Artikel des „Süddeutschen Volksblattes“: „Ihr Herren in der Regierung in Karlsruhe und Berlin! Bis heute habt ihr die Deutschnationalen unter Ausnahmegesetz gestellt und habt nationale Bestrebungen ganz allgemeiner nationaler Art zu unterdrücken versucht. . . . Es ist festgestellt, daß . . . der eine der Mörder Zentrumskreisen entstammt. Wenn die, die bisher von einer „deutschnationalen Mörderzentrale“ phantasiert haben, versuchen sollten, die neuen Tatsachen auch nur zu verschweigen, dann müßten sie es sich ruhig gefallen lassen, wenn deutschnationale Blätter den Spieß umkehren würden und schreiben würden, Erzberger sei von Deuten aus seinen eigenen, katholischen Zentrumskreisen ermordet worden.“

Hier haben wir wieder einmal ein Schulbeispiel für die wertvolle, vor keiner lächerlichen Redlichkeit zurückweichende rechtsbolschewistische Agitationsmethode. Jetzt fehlt nur noch, daß das „Süddeutsche Volksblatt“ behauptet, Schulz und Tillesen seien Anhänger der Erzbergerischen Politik gewesen, hätten ihm freundschaftlich nahe gestanden und ihn überhaupt nur umgebracht, um ihn von den Qualen dieses Sommertales zu erlösen!

#### Die Rede des Staatspräsidenten.

In der gestrigen Sitzung des Landtags machte Staatspräsident Trunk im Anschluß an einen Artikel des „Südd. Volksblattes“ in Bretten hochbedeutsame Ausführungen. Dort war zu lesen, die Ermittlungen hätten ergeben, daß die Mörder Erzbergers Schulz und Tillesen der Deutschnationalen Partei nicht angehören und auch in keiner Beziehung zu ihr standen. Darüber hat nach Mitteilung des Redners die Untersuchung noch nichts ergeben. Es ist auch nicht ihr erster Zweck gewesen, dies festzustellen. Weiter wurde behauptet, die Unterredung hätte ergeben, Tillesen gehöre einer streng katholischen Familie und dem Zentrum an. (Zuruf: Jetzt haben wir's!) Die behördliche Untersuchung habe sich mit diesem Punkt gar nicht beschäftigt. Wenn aber solches behauptet werde, so könne Redner auch feststellen, daß der Mörder Schulz evangelisch sei und nach dem Tat seiner Schwester geschrieben hat, sie solle ja deutschnational wählen. (Hört, hört!) Der Staatspräsident fuhr fort: Die badische Regierung ist angerufen worden, zu sprechen, und was ich hier sage, ist mir nach Rücksprache mit dem Generalstaatsanwalt erlaubt. Viel Zutreffendes, aber auch viel Unrichtiges ist durch die Presse gegangen, ohne daß man zu Verichtigungen geschritten ist, weil dies nicht im Interesse der Untersuchung gelegen wäre. Wenn aber ein Journalist zur Gerichtswirtin in Oppenau ging mit dem Vorhaben, es sei ihm von der Gerichtsbehörde erlaubt worden, sich von ihr alles sagen zu lassen, was sie wisse (Hört, hört!), so grenzt dies an Begünstigung. Auf gleicher Linie bewegte sich die „Münchener Zeitung“, als sie das intimste Material der badischen Staatsanwaltschaft veröffentlichte. Der Mut zur Wahrheit hat mich nie verlassen, auch damals nicht, als Vobman, Dr. Haas und ich zum Schloß eilten, um der Großherzoglichen Familie das Geleite zu geben. (Hört!) Ich hätte das Eingreifen der Hunderte von Offizieren erwartet, aber nichts ist geschehen. (Bewegung.) Ich sage, ich jehene mich nicht, die Wahrheit zu sagen, und darum sollen Sie auch jetzt erfahren, welcher Organisation die beiden Mörder angehören und welcher Art sie ist. Es handelt sich um eine große Geheimorganisation.

Im Folgenden machte der Staatspräsident über die Ziele dieser Geheimorganisation genaue und eingehende Mitteilungen, die wir in dem uns zur Verfügung gestellten Wortlaut wiedergeben. Die Organisation, so führte er aus, hat ihre Statuten wie folgt gefaßt:

„Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage.

- A. Geistig:
  - a) weiteste Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens,
  - b) Bekämpfung alles anti- und internationalen, des Judentums, der sozialdemokratischen und der linksradikalen Parteien,

c) Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung mit Wort und Schrift. Aufklärung weiter Kreise über diese Verfassung.

d) Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.

#### B. Materieell:

a) Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zweck:

- 1. Die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern.
- 2. Bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzen einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen.
- 3. Die durch den Versailler Vertrag angeordnete Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und die Bewaffnung — soweit wie möglich — zu erhalten.

§ 1. Die Organisation ist eine G.-Organisation.  
§ 2. Alle Mitglieder verpflichten sich, die im Vorwort angegebenen Punkte und Ziele nach besten Kräften, an welcher Stelle sie auch seien, zu erfüllen und zu erreichen zu suchen.

§ 3. Sie verpflichten sich, untereinander ein Schutz- und Trugbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.

§ 4. Die Mitglieder verpflichten sich ein Machtfaktor zu sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die Not, die Ehre unseres deutschen Volkes und die Erreichung unserer Ziele es erfordert.

§ 5. Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organe.

§ 6. Mitglied der Organisation kann jeder nationaldenkende Deutsche werden, der sich verpflichtet, sich den Satzungen der Organisation zu unterwerfen. Beim Eintritt sind mindestens drei Bürgen zu stellen. Die Aufnahme erfolgt durch die Gauleiter. Übertritt geschlossener Verbände in die Organisation regelt die Leitung.

§ 7. Juden, überhaupt jeder Fremdrassige, ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen.

§ 8. Bei Neuwerbungen darf eine allgemeine Orientierung stattfinden. Über Aufbau, Leitung, Organisation usw. wird der Neueingestellte erst nach erfolgter Verpflichtung orientiert.

- § 9. Die Mitgliedschaft erlischt:
  - a) durch den Tod,
  - b) durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen,
  - c) bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte,
  - d) durch freiwilligen Austritt.

§ 10. Jedes Mitglied verpflichtet sich über alle Nachrichten, die ihm von der Leitung direkt oder durch andere Mitglieder zugehen, gegenüber jedem nicht der Organisation Angehörigen das strengste Stillschweigen zu bewahren und in irgend welchem Schriftverkehr, der mit der Organisation in Zusammenhang steht, die größte Vorsicht walten zu lassen.

§ 11. Verräter verfallen der Schwelme. Dies gilt auch für die nach § 9 b) bis d) ausgeschiedenen Mitglieder.

§ 12. Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen — — — zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem Obersten Leiter der Organisation und meinen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren, auch nach etwaigem Austritt.“

§ 13. Auf Befehl des Leiters finden Versammlungen der Gauleiter statt. Die Gauleiter sind verpflichtet, die ihrem Gau angehörenden Mitglieder auf dem Laufenden zu halten.

§ 14. Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihren Gauleitern etwaige Antriebsänderungen sofort mitzuteilen.“

Redner knüpfte daran folgende Bemerkungen: Einer Abteilung dieser Geheimabteilung gehören Schulz und Tillesen, gehören auch Millinger und Müller an. Diese beiden sitzen in badischer Untersuchungschaft (Pravol) wegen Verstoß gegen § 139 RStG. (Begünstigung), Millinger ist derjenige, der den Mörder Schulz, der am 9. Sept. nochmals nach München gekommen war, abends samt Gepäck, in der Wohnung abgeholt und weggebracht hat. Müller ist nach anderer Richtung belastet. So sieht die Organisation aus! Sie ist nicht die einzige, die zur Aufdeckung gekommen ist, bezw. kommen wird. Die bayerische Regierung, so darf ich wohl hoffen, wird das ihrige dazu tun, um alle Verschwörungsherde ausfindig zu machen. Wenn je einmal und irgendwo mit dem Wort national Mißbrauch getrieben wurde, so geschah es hier. Solcher zu jeder Tat entschlossener Kampf zur Änderung der Verfassungsverhältnisse ist dem deutschen Volk und Vaterland nicht förderlich. Wo ist der Mut dieser Herren im November 1918 geblieben? Redner teilte Selbstverlebens, gelegentlich der Flucht der großherzoglichen Familie mit und fuhr fort:

Es ist tief bedauerlich, daß wir derartige Dinge besprechen müssen, in dem Augenblick, da die ungeheure Not des Vaterlandes vor unseren Augen steht. Wir hätten es tatsächlich notwendig, heimatisch, völkisch und vaterländisch zu denken und alle die guten Willens sind, zusammenzuschließen, um abzu stoßen, was links- und rechtsbolschewistisch ist.

Ich habe nie daran gedacht, daß die Deutschnationalen Partei die Mörder informiert oder ausgesandt habe. Dagegen

Mit einer Beilage: 61. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

bege ich die Hoffnung, daß die Deutschnationalen mit uns zusammenzutreten zu positiver Arbeit. Wir beklagen die Auseinandersetzungen von gestern und heute, hervorgerufen durch den Mord an Erzberger, dem Manne, der das Opfer auf sich genommen hat, an Stelle der Generale hinzugeben zum unerbittlichen Feind, um einen Waffenstillstand abzuschließen, der unseren Truppen noch das Heimkommen ermöglichte. Unserem Wirtschaftsleben droht die Katastrophe. In dieser Zeit hätte der Schuß von Griesbach nicht fallen dürfen, der ihn abgab, ist ein elender dummer Kerl, der sein Vaterland nicht liebt. Auch außenpolitisch hätte das nicht geschehen dürfen, was sich am 26. August ereignete. Das darf und kann die deutschnationale Partei nicht von sich abweisen, daß ihr Führer, Helfferich, den Großkampf angezettelt hatte gegen Erzberger, und zwar mit ungeheuren Mitteln, um ihn in der Öffentlichkeit zu erlebigen. Sie dürfen uns nicht schelten, wenn im Anschluß daran Nichtiges für sie geredet und geschrieben wird. Was ich ausführte, habe ich ungenügend gesagt, es war seit drei Jahren mein Bestreben, ausgleichend zu wirken. Unser Amt ist wenig angenehm und ich würde meiner Familie ein Gefallen tun, möglichst rasch zurückzutreten. Auch ich habe von einem Salatenkreuzer eine Drohung erhalten in derselben Woche, da Erzberger ermordet wurde. (Hört, hört). Wir haben schmutzige Aufräumungsarbeit zu leisten. Bismarck hatte es leichter, da er sein Werk nach einem siegreichen Kriege schaffen konnte. Die Rede Klang aus in eine eindringliche Mahnung zur Einheit und fand lebhafteste Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.

### \* Politische Streiflichter.

Die Zeitungen wissen zu melden von blutigen Zusammenstößen, die sich hier und da aus Anlaß von Veranstellungen ehemaliger Regimentsangehöriger entwickelt haben. Man kann die jugendlichen Arbeiter nicht genug vor der Teilnahme an solchen Aktionen warnen. Im allgemeinen dürfen wir das Vertrauen haben, daß die Behörden selbst Veranstellungen zu verhindern wissen, die vor allem dem Kampfe gegen den neuen Staat und der Verächtlichmachung der Reichsregierung dienen. Wischen aber muß es hervorrufen, wenn man sieht, daß in Stettin sogar alte Kriegsveteranen schwer mißhandelt worden sind. Das ist eine Ausartung, die mit der Wahrnehmung politischer Rechte oder mit dem Kampfe gegen die Reaktion gar nichts mehr zu tun hat, sondern lediglich als Ausbruch ungezügelter Rohheit zu betrachten ist. Und wir glauben denn auch, daß die Arbeiterschaft als solche mit uns diese Ausschreitungen aufs entschiedenste mißbilligt.

In der humoristischen Wochenzeitschrift „Mf“, die als Beilage des „Berliner Tageblatts“ erscheint, wird in einer höchst ergötzlichen Zeichnung die „bayerische Eigenart“, wie wir sie nicht lieben, und wie sie von allen anständigen Bayern verurteilt wird, charakterisiert. Man sieht dort zunächst, wie ein in die landesübliche Bauerntracht gekleideter Bayer einem Reichsdeutschen mit der Faust auf die Nase schlägt; und darunter steht: „Macht, daß du gehst, verdammter, dreißiger Saupreuß!“ An zweiter Stelle sieht man dann ein weiteres Bild: Der auf die Nase gebotene „Saupreuß“ holt nunmehr seinerseits aus, um dem andern eins zu verfehlen. Der andere jedoch, der Bayer, faltet fromm die Hände und spricht: „Aber, Bruder Preuß, du wirfst doch net gar wieder hauen? Dös von vorhin ist doch moane miesböschliche Eigenart, auf die du Rücksicht nehmen mußt!“ Die Zeichnung ist nicht nur lustig, sondern auch außerordentlich lehrreich. Wenn noch leztlich verlangt worden ist, man solle die Bayern recht sanft anfassen, da sie besonders empfindlich seien, so ist dieser Wunsch schon recht schön, aber er kann nur erfüllt werden in der Voraussetzung, daß auch Bayern selbst die Gefühle anderer schonen und sich in der Tonart, mit der man dort seine Anschauungen vorzutragen pflegt, etwas ängelt. Alle Länder des Reiches sind auf Entgegenkommen und Zusammenarbeit angewiesen. Das große Deutsche Reich ist es, das sie alle zusammenschließt und gewissermaßen ihrer aller Mutter ist. Diese Mutter darf nicht beschimpft werden und nicht gekränkt werden. Und wenn wir uns gelegentlich scharf gegen Bayern gewandt haben, so geschah es nur deshalb, weil wir merken mußten, daß die Tonart dort eine für das Reich und die Reichsregierung überaus kränkende war. Hoffentlich wird unter dem neuen Ministerpräsidenten von Reichensfeld, der vorgestern sein Kabinett ohne Hinzuziehung der Deutschnationalen bildete, eine etwas andere Ausdrucksweise ihren Einzug halten.

Eine der beliebtesten Wendungen, mit denen unklare Gemüter, die die Zeit verschlafen haben oder die Wirklichkeit der Dinge nicht sehen wollen, die heutigen Zustände kritisieren, lautet: „Ja, früher unter Wilhelm ging es uns doch viel besser, als heute unter Ebert.“ Diese Leute lassen ganz und gar außer Acht, daß der große Abstieg, die Fahrt zur Katastrophe, ja schon unter Wilhelm begann und gerade durch die Sünden des früheren Systems hervorgerufen wurde. Es ist uns eben nur scheinbar besser gegangen. Die Grundlage war hohl, weil die Politik und der Geist der führenden Schichten hohl war. Die Probe aufs Exempel, der Krieg, erbrachte den Beweis für diese Schlichkeit. Wäre es uns unter Wilhelm wirklich gut gegangen, d. h. so gut, daß man mit der Erhaltung dieses Zustandes für die Dauer hätte rechnen dürfen, so würde Ebert ja heute nicht Reichspräsident sein. Wie sagt doch Goethe?

„Warum denn wie mit einem Besen wird so ein König hinausgekehrt? Wärens Könige gewesen, sie stünden alle noch umher!“

## Badische Wochenrückblicke.

### Die Katastrophe von Ludwigshafen.

Erst heute läßt sich der Umfang der furchtbaren Katastrophe, die unsere beiden Nachbarstädte Ludwigshafen und Mannheim so schwer in Mitleidenschaft gezogen hat, etwas genauer überblicken. Grauenhaft sind die Verwüstungen, die das Unglück vor allem in Oppau anrichtete, entsetzender noch die Zahlen der Toten und Verletzten, die ihm unmittelbar zum Opfer fielen. 400-500 Menschen haben ihr Leben verloren, darunter zahlreiche Kinder, die zurzeit der Katastrophe noch in ihren Betten lagen und unter den einströmenden Häusern begraben wurden. Die Überlebenden sind größtenteils ihrer gesamten Habe verlustig gegangen; Tausende von Frauen und Kindern benehmen den Tod oder die Verwundung ihrer nächsten Angehörigen. Das Mitgefühl mit den Betroffenen ist allgemein. Ganz Deutschland empfindet die Katastrophe als ein nationales Unglück. Diesem Empfinden entspricht es denn auch, daß sofort eine rege Hilfsbereitschaft einsetzte, einmal um den etwa noch zu rettenden Verschütteten beizuspringen — erfreulicherweise war dieses Vorhaben von Erfolg begleitet — und den zahlreichen Verwundeten die erste Hilfeleistung angedeihen zu lassen, zum andern, um die materielle Not der betroffenen Familien zu lindern. Die badische Regierung hat sofort nach Erhalt der Trauernachricht durch den an Ort und Stelle geleiteten Finanzminister die Hilfe Rabens bei den Aufräumungs- und sonstigen Arbeiten angeboten; auch wurden sofortige Verhandlungen wegen schleuniger Lieferungen von Baustoffen mit Ludwigshafen aufgenommen; es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Bevölkerung diese Schritte ausnahmslos begrüßt und gutheißt. Dasselbe gilt von der auf Antrag des Staatsministeriums im Landtag erfolgten Bewilligung eines Kredits von 1 Million Mark zur Linderung der Not. Die Reichsregierung hat in tatkräftigster Weise eingegriffen und alsbald 10 Millionen Mark zur Unterstützung des Hilfswerks zur Verfügung gestellt. Aber auch außerhalb Deutschlands hat das Unglück von Oppau Anteilnahme und Mitgefühl erweckt, wie die Beileidungsbekundungen einer großen Anzahl fremder Regierungen bezeugen. Es verdient besonders bemerkt zu werden, daß uns selbst von französischer Seite bei dieser Gelegenheit Worte menschlichen Mitleidens entgegenkamen, und — was mehr bezaubert —, daß es nicht bei Worten blieb, sondern daß der französische General Degoutte sämtliche Ärzte, Chirurgen und Sanitätsmannschaften der Rheinarmee an die Unglücksstätte beorderte, während der französische Oberkommandant Tirard den Arbeitergewerkschaften eine ansehnliche Geldsumme für die Hinterbliebenen der Opfer zur Verfügung stellte. Wenn auch eine solche Samaritertätigkeit unter normalen Verhältnissen eine Selbstverständlichkeit wäre, so bühen wir sie diesmal doch mit Genugtuung, weil die Behandlung des deutschen Volkes durch die Franzosen bisher in den meisten Fällen zu wünschigen übrig ließ. Die private Wohltätigkeit weiter badischer Bevölkerungskreise hat sich bereits in zahlreichen Spenden betätigt. Hoffen wir, daß es all diesen vereinigten Bemühungen gelinge, das Los der Unglücklichen zu erleichtern und ihnen wenigstens jenes Maß von Trost zu gewähren, das menschliche Teilnahme und Hilfsbereitschaft überhaupt zu geben vermag!

### Die Karlsruher Herbstwoche.

Die Karlsruher Herbstwoche hat gestern ihren Anfang genommen. Das verheerende Unglück von Ludwigshafen erstreckt seine lähmende und deprimierende Wirkung auch auf diese großartig angelegte Veranstaltung. Aber wenn auch Stadtverwaltung und Verkehrsamt in selbstverständlichem Tatgefühl alle Programmpunkte, die als bloße Lustbarkeit geäußert werden können, wie Stadtgartentournee und Tanzreunion, darüber hinaus aber auch die ursprünglich vorgesehenen Eröffnungsfeierlichkeiten ausfallen ließen, so ist doch die Hoffnung berechtigt, daß die Karlsruher Herbstwoche ihren Zweck, die Leistungsfähigkeit von Industrie, Kunst und Handwerk Karlsruhes vor Augen zu führen, den Handel zu fördern, dem Wirtschaftsleben neue Antriebe zu geben und so zum Wiederaufbau Deutschlands beizutragen, erfüllen werde. Zu den Veranstaltungen mehr materieller, praktischer Natur, wie dem Schaufensterwettbewerb, der Modeschau, der DfB- und Nummenschau, der Pferdeschau, der gewerblichen Ausstellung in der Landesgebühdehalle, die einen Hauptteil der Badischen Woche ausmachen werden, gefellen sich solche rein künstlerischer Art: ein Musikfest unter der Leitung hervorragender deutscher Komponisten, Erst- und Aufführungen in der Oper und im Schauspiel usw., die den Ruf Karlsruhes als Kunst- und Kulturstätte aus dem neuen zu festigen bestimmt sind. Wir hoffen, daß aus alledem reiche Frucht sprießen möge und wünschen der Karlsruher Herbstwoche einen in jeder Hinsicht befriedigenden Verlauf.

### Jugendherbergen.

Im alten Schloß zu Ettlingen ist am letzten Sonntag vom Verein der Naturfreunde eine Jugendherberge eröffnet worden, deren Einrichtung vor allem dem weitgehenden Entgegenkommen der Stadtverwaltung und den Geldspenden einer Reihe von Ettlinger Industrie- und Bankfirmen zu danken ist. Eine weitere Jugendherberge errichtet der Badische Schwabwaldverein in Waldshut. Die von dem Verein für deutsche Jugendherbergen eifrig propagierte Bewegung zur Schaffung von Unterkunftsgelegenheit für die wandernde Jugend verdient die lebhafteste Förderung vor allem der Städte und größeren Gemeinden. Die Zunahme der Wanderfreude ist vielleicht die sympathischste Erscheinung, die wir an der heranwachsenden Generation beobachten können; gerade von ihr darf man sich eine körperliche und seelische Erstarung und Entwürdigung versprechen. Nur gilt es dabei, nach Möglichkeit alles auszuhalten, was zur Verwilderung und zur Schädigung der Gesundheit führen könnte. „Der jemals Feinde davon war, wie ganze Gruppen jugendlicher Wanderer nach anstrengendem Marsche vergeblich ein Dorf nach Quartieren absuchen und schließlich im Freien oder wenn es hoch kam, in einer schmutzigen Scheune übernachten mußten, weiß die Bedeutung der Jugendherbergenbewegung zu würdigen. Hoffentlich dauert es nicht mehr lange, bis diese Erkenntnis Allgemeingut der Eltern und aller an der Förderung des Volkswohls interessierter Kreise geworden ist.“

## Politische Neuigkeiten.

### Die Mandate des Völkerbundes.

Am 4. Oktober wird in Genf die ständige Mandatskommission zum ersten Male zusammentreten, die laut Artikel 22 des Völkerbundes über die Ausübung der Mandate ein Gutachten abzugeben hat. Sie setzt sich aus 8 Kolonialfachverständigen zusammen, die in der Mehrheit nicht Mandatsländern angehören. Es sind dies: Andraes-Portugal, Beau-Frankreich, Demshy-Roro-England, Drö-Belgien, Ramonh-Pinsy-Mittel-Spanien, Van Roes-Holland (ehemal. Vizepräsident des Rates von niederl. Indien), Martin Theo-

doli-Italien, Frau Ana Bugge-Wigell und Gangiban-Japan. — Verschiedene Staaten haben bereits Berichte über die Mandatsausübung der Kommission zugestellt, so England für Mesopotamien, Palästina, Tanganjika und das frühere Deutsch-Ostafrika, Frankreich für Togo, Kamerun, die südafrikanische Union und für das ehemalige Deutsch-Südwestafrika. Es handelt sich jedoch nicht um die vorgeschriebenen Jahresberichte, da die Mandate noch nicht seit einem Jahr bestätigt sind, sondern nur um freiwillig zur Verfügung gestellte Vorarbeiten. Wahrscheinlich wird die Prüfung dieser Berichte zur Aufstellung eines Fragebogens dienen, mit dessen Hilfe dann die Jahresberichte vorbereitet werden sollen.

### Erweiterung des Programms auf Wirtschaftsfragen?

Die „Times“ meldet aus Washington, in der letzten Zeit mache, wenn auch nicht in amtlichen Kreisen, so doch unter den führenden Männern der Finanz- und Geschäftswelt die Überzeugung, daß das Programm der Washingtoner Konferenz erweitert werden müsse. Es werde geltend gemacht, daß eine Einschränkung der Rüstungen nur ein „Ritzen der Oberfläche“ bedeuten würde und daß die Hauptursache des augenblicklichen wirtschaftlichen Durcheinanders die Bezahlung der internationalen Schulden, vor allem der deutschen Reparations sei. Diese Finanz- und Geschäftsleute hätten Informationen erhalten, die sie davon überzeugten, daß der Finanznach Deutschland herannahende, und sie versicherten, daß wenn die nächste Reparationszahlung im März fällig würde, eine Krise, die größer sei als irgendeine bisher gefamte, nur durch ein Wunder vermieden werden könne. Nach Ansicht dieser Leute sei daher eine neue Erödrung der Reparationsfrage wesentlich. Sie gäben jedoch zu, daß die Vereinigten Staaten in voller Autorität nur unter der Bedingung teilnehmen können, daß sie sich bereit erklären, die Reparationsfrage als veraltet mit der Frage der Währungsstabilisierung an Amerika zu betrachten. Man sehe ein, daß eine rein wirtschaftliche Behandlung der Frage nicht annehmbar sein würde in einer Welt, die zum größten Teil von politischen und sentimentalen Erwägungen geleitet werde. Der Vorschlag, die Schulden der Alliierten an Amerika zu streichen, würde in den Vereinigten Staaten genau so abgelehnt werden, wie in den alliierten Ländern eine Wädrung der deutschen Reparationsbedingungen. Immerhin seien in den Vereinigten Staaten, die wahrscheinlich das Hauptbindnis für eine solche Regelung seien, vielleicht vernünftigeren Kräfte am Werke.

### Reichskanzler Dr. Wirth über Oberschlesien.

In der neuesten Nummer der Europäischen Senats- und Wirtschaftszeitung äußert sich der Reichskanzler Dr. Wirth über Oberschlesien, unsere größte Sorge, u. a.: Solange nicht die Entscheidung über das Schicksal dieses Landes gefallen ist, solange können wir nicht frei atmen. Und wie dann die politische Lage ist, wenn die letzte Entscheidung im Gegenzug zu Recht und Gerechtigkeit gefällt wird, das kann heute kein Mensch mit Sicherheit sagen. Soviel ist aber sicher, daß dann die Zukunft für das ober-schlesische und das deutsche Volk überaus trübe werden wird. Der Reichskanzler verweist dann auf die einleitenden Worte der Völkervereinbarung, die es als wesentlich bezeichnen, die Gerechtigkeit walten zu lassen und fährt fort: Wenn der Völkerverbund sich bei seinen Vorklären von diesem Grundsatze leiten läßt, dann kann die ober-schlesische Frage gelöst werden. Wir wollen nichts anderes als Gerechtigkeit. Nur Gerechtigkeit beruhend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, kann dem ober-schlesischen Volk den Frieden geben, den es dringender als alles andere braucht. Wir weitern nicht um die Gunst irgend eines Vertreters im Völkerverbundrat und im Obersten Rat. Wir hoffen auf die Gerechtigkeit; das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Partei, ist von dem Gedanken unseres Rechts erfüllt. Eine Enttäuschung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle die, die noch an einen Sieg des Rechts in der Welt glauben.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

DZ. Götting, 21. September.

Nachmittags gegen 3 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Zunächst überbringt de Braunes, mit lebhaftem Beifall begrüßt, die Grüße der belgischen Parteigenossen. Er sei gekommen, um zum Ausdruck zu bringen, wie eng die Verbindung der belgischen und deutschen Parteigenossen sei. 15 000 belgische Arbeiter hätten durch Verlassen der Fabriken und Bergwerke demonstriert gegen eine geplante nationalistische Kundgebung anläßlich der Reise eines hervorragenden belgischen Sozialisten nach Belgien. Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung werde auch für die belgischen Arbeiter von Bedeutung sein. Die belgischen Arbeiter wüßten, daß die deutschen Sozialisten die Verteidiger der Republik seien. Die Republik sichere den Frieden und die internationale Verständigung. Auch am wirtschaftlichen Wohlergehen Deutschlands habe Belgien Interesse. Die Welt liege nicht isoliert in der Welt da. Im Sinne der internationalen Solidarität überbringe er die Grüße aus Belgien. (Lebhafter Beifall).

Der Vorsitzende Wels gelobt den Belgiern unerschütterliches Ausstehen im Kampfe gegen die Reaktion.

Nunmehr wird die Debatte vom Kernmittag über Wirtschaftsfragen, Steuern, Rechts- und Schulfragen fortgesetzt.

Frau Schröder-Altona tritt für Gleichberechtigung der Frauen in der Justizpflege ein. Alle Rechtskranken, die noch für uneheliche Mütter und Kinder bestehen, müßten fallen.

Dr. Kahn-Frankfurt befürwortet einen Zusatz zur Resolution Kabbuch, wonach der Parteivorstand eine Kommission berufen soll, zur Ausarbeitung gefegebereicher Vorschläge, die unter Aufhebung der Unabsehbarkeit der Richter geeignet sind, eine grundlegende Änderung im Personenstand des Justizbeamtenums herbeizuführen.

Dr. Knud-Hamburg befürwortet einen Antrag betreffend gleichberechtigte soziale Politik, worin u. a. Aufhebung der Reglementierung der Prostituierten gefordert wird.

Dr. Schumacher-Stuttgart tritt für einen Antrag ein, der die Aufhebung des Verbotes des Reichsverbandes Deutscher Berufsbeamten fordert.

Treu-Nürnberg: Wir Bayern haben bisher aus politischen Gründen und aus Zweckmäßigkeitsgründen geschwiegen. Heute aber findet die Wahl des neuen bayerischen Ministerpräsidenten statt. Wir wissen nicht, wer der neue Mann sein wird. Wir wissen nur, daß Kahr für seine Person erlobigt ist. Ob aber auch das System, ist nicht sicher. Wir hoffen und wünschen es im Interesse Bayerns und der deutschen Republik. Bayern ist neben Ungarn als reaktionärstes Land Europas berufen. Das geht nicht länger an, daß dort dauernd die Reichsverfassung sabotiert wird und Bayern Versammlungsort bleibt für politische Mörderbände. Es ist nicht wahr, wie Dr. Fein sagt, daß 70 Prozent des bayerischen Volkes Gegner der Verfassung sind. Bist etwa die deutsche Verfassung nur für die Ar-

# Badische Uebersicht.

## Badischer Landtag.

### Die aufgedeckte Geheimorganisation.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die gestrige Sitzung dürfte um deswillen zu einer der bedeutungsvollsten des badischen Landtags zu zählen sein, weil in ihr und während ihrer Dauer durch den Staatspräsidenten Mitteilungen erfolgten, die wegen ihrer politischen Tragweite weit über Badens Grenzen hinaus Beachtung finden werden: Das Vorhandensein einer rechtsstehenden Geheimorganisation, die den Sturz der derzeitigen Regierung erstrebt und der Weimarer Verfassung den schärfsten Kampf ansetzt. (In einer besonderen Notiz ist das beachtenswerte Dokument in der heutigen Nummer wörtlich zum Ausdruck gebracht.) Das Haus stand förmlich auf Stunden lang im Banne dieser, vom Regierungstisch aus erfolgten Enthüllung, während die Debatte vor der Rede des Staatspräsidenten nur noch einen schwachen Nachklang zu den Donnerstagsabends-Debatten bot.

Von da ab ändert sich das Bild, und die auf den Staatspräsidenten Trunk folgenden Redner, die Abgg. Weichmann, Dr. Glöckner, Dr. Schofer und Marxhoff, stellten sich rasch auf die neuen Tatsachen ein und gaben ihrer Entrüstung über die Ziele dieser Geheimorganisation Ausdruck. Sofort wurde seitens der Koalitionsparteien auch die Gelegenheit ergriffen und der Regierung in einer (bis auf die Stimme des deutschnationalen Abgeordneten Habermehl) einstimmig angenommenen Resolution die Anerkennung für ihre Tätigkeit zur Rettung der rechtmäßig bestehenden Verfassung und der Aufhebung des staatsfeindlichen Geheimbundes ausgesprochen. — Die deutschnationale Interpellationsdebatte hatte damit einen Ausgang genommen, den ihre Einbringer nicht erwartet hatten. Der demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner hatte recht, wenn er sagte: Der Schutz war noch hinten losgegangen! Wenn auch der deutschnationale Abg. Marxhoff in seinem Schlusswort bemerkte, die verlesenen Statuten der Geheimorganisation könnten die des Schutz- und Trutzbündnisses sein, mit diesen hätten aber die Deutschnationalen nichts zu tun, so war diese Vermutung doch nicht geeignet, die schwere Schuld, welche die Anhänger dieser Geheimorganisation auf sich geladen, in den Augen der Landtagsmitglieder kleiner erscheinen zu lassen.

Vorher hatte noch der Minister des Innern mit aller Schärfe darauf hingewiesen, daß Baden hinsichtlich des polizeilichen Schutzes nicht hinter anderen Ländern zurückstehe, anderenfalls würden aber auch Presseangriffe auf die Sicherheitspolizei nicht zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Polizei und Publikum beitragen.

So verlief die Interpellationsdebatte spannend und erregt; sie dürfte der diesmaligen Landtagsession den eigentlichen politischen Abschluß gegeben haben. — Am Nachmittag wurde nach in kurzer Sitzung das in einigen Punkten abgeänderte Landtagswahlgesetz angenommen. — Die nächste Sitzung findet erst, da in erster Linie die Kommissionen wieder zu arbeiten haben, am Dienstag, den 4. Oktober, statt.

DZ. Karlsruhe, 24. September.

Zu unserem kurzen Bericht über die gestrige Vormittagsitzung tragen wir noch folgendes nach:

Die 64. Sitzung wurde eröffnet mit der Bitte des Staatspräsidenten Trunk, zur Verringerung der durch das Oppauer Unglück verursachten Not einen Kredit bis zu 1 Million zur Verfügung zu stellen und diesen Antrag beschleunigt zu behandeln. (Bravo.)

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Der Erledigung dieses Antrages in dieser Sitzung steht geschäftsmäßig nichts im Wege. Meine Fraktion stimmt ihm ohne weiteres zu. Es ist ein Wunsch, der sich in der Geschichte des badischen Parlaments, daß es stets bereit war, sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzugreifen, wenn sich ein großes Unglück ereignet hat. Mögen somit die Gegenstände noch so scharf sein, in der wertvollen Liebe wollen wir uns einmütig zeigen. (Bravo.)

Abg. Marxhoff (Soz.): Auch wir sind dafür, daß das Plemum sofort die Genehmigung erteilt. Den gestrigen Worten möge heute die Tat folgen. (Beifall.)

Die Abgg. Dr. Glöckner (Dem.) und D. Mayer-Karlsruhe (Dl.) schlossen sich formell und sachlich den Vordrednern an. Der Antrag des Staatsministeriums fand darauf einstimmige Annahme.

In der fortgesetzten Aussprache über die deutschnationalen Anfragen trat Abg. Fischer-Weienheim (Dl.) für baldige Aufhebung des Verbots der Regimentsfeiern ein.

Abg. Straub (Zentr.): Das gestern vorgebrachte Material zeigt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten wohl begründet ist. Redner wies insbesondere deutschnationale Angriffe gegen das Zentrum und Ergaberger zurück, wie sie in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen waren. Der in einem Wahlhandbuch erhobene Vorwurf, das Zentrum sei nicht national und verleugne das Deutschtum aus religiösen Gründen, sei eine unerhörte Verleumdung. Wir haben seit November 1918 in selbstloser Weise nationale Politik getrieben. Redner schloß, daß es sich die Deutschnationalen Partei selbst zuschreiben habe, wenn die Regierung sich zu Maßnahmen gezwungen sah, die ihr nicht gefallen.

Abg. Lefter (Dem.): Die Heidelberger Antrugen sind weit entfernt davon, ein Wahmessenblatt in der Geschichte der Stadt zu sein. (Zum Abg. Dr. Karl): Will man auf jener Seite die Freiheitskämpfer vor 100 Jahren für sich in Anspruch nehmen? (Geheul.) Das waren Demokraten! Nichts ist falscher als die Behauptung, daß die Demokratie eine Feindin nationaler Ideen sei. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Schneider (Zentr.) besprach nochmals die Heidelberger Vorgänge. Man sei in weiten Kreisen der Auffassung, daß die aufgebotene Polizei zu schwach war, um die Staatsautorität zu wahren.

Minister Remmele erörterte die Aufgaben der Polizei und erklärte, daß in Baden zum Schutze der Republik nichts verkannt werde.

Darauf nahm Staatspräsident Trunk das Wort zu den anleitender Stelle wiedergegebenen Ausführungen.

Abg. Weichmann (Soz.) spricht von dem tiefen Eindruck, den die soeben gehörte Rede des Staatspräsidenten gemacht. Gätten sich früher sozialdemokratische Redakteure erlaubt, was heute die Deutschnationalen unter Mißbrauch der Pressefreiheit tun, sie wären nie aus dem Gefängnis herausgekommen. Für die heutigen Zustände sei allein die Rechte verantwortlich.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Nach den überwältigenden Enthüllungen verstehen wir das Wort Dr. Wirths: Das Vater-

land ist in Gefahr! Würde kein Galt geboten, so wäre dies der Anfang vom blutigen Bürgerkrieg. Es steht mehr auf dem Spiele wie persönliches und Ständesinteresse. Mancher, der noch beiseite stand, wird sich jetzt mit uns zur Rettung von Volk und Vaterland zusammenfinden. Es dürfte zur Wahrheit werden, daß man das Böse gewollt und das Gute erreicht hat. Was wir brauchen, sei nicht verschärfter Kampf, sondern die Abmilderung der Gegensätze.

Abg. Marxhoff (Soz.): Die Situation wurde durch die Rede des Staatspräsidenten klarheit beleuchtet.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Daß in dem Statut der Geheimorganisation das mittelalterliche Wort „Fehme“ gebraucht wird, sollte man nicht für möglich halten. Wir werden mit den anderen Koalitionsparteien eine geschlossene Balance zum Schutze der Weimarer Verfassung bilden (Bravo). Zur Regierung und speziell zu unserem Justizminister haben wir das Vertrauen, daß die gesponnenen Fäden bis zum letzten Rest bloßgelegt werden.

Nach den Schlussworten der Abgeordneten D. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat.), Rager (D.-Nat.), Marum (Soz.), der unter anderem erklärte, daß die Sozialdemokratie unbedingtes Vertrauen zum Reichstagsabg. Dr. Wirth habe — und Dr. Schofer (Zentr.) nahm das Haus, wie schon mitgeteilt, den folgenden Antrag an (gegen die Stimme des einzigen noch im Saale anwesenden deutschnationalen Abg. Habermehl).

„Der Landtag spricht der Tätigkeit der Regierung zur Rettung der rechtmäßigen Verfassung und Aufhebung der staatsfeindlichen Geheimbünde seine volle Anerkennung aus. Er erwartet, daß das ganze Volk hinter die Regierung tritt, um die Ruhe, Ordnung und verfassungsmäßigen Rechte zu verteidigen.“

DZ. Karlsruhe, 24. September.

In der Nachmittagsitzung verabschiedete das Haus den Gesetzentwurf betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes. Berichterstatter war Abgeordneter Wittenmann (Ztr.) Stimmberechtig sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsdeutschen ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande wohnen. Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben (gemeint sind solche des Reiches und der Länder) mit dienstlichem Wohnsitz außerhalb Badens, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes, sind stimmberechtigt, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen, und im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes bei ihnen vorliegen. Sonst gelten für die Landtagswahlen die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Reichswahlordnung. Die Geltungsdauer des gegenwärtigen Landtags endigt mit dem Tode des zum Zusammenritte des neugewählten Landtags vorausichtlich am 9. November. Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung debattelos einstimmig angenommen. Nächste Sitzung, Dienstag, den 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Kleine Vorlagen.

Die bereits erwähnte Resolution Abbruch hat folgenden Wortlaut:

„Unter dem Schutze der richterlichen Unabhängigkeit hat sich in der deutschen Republik eine Justiz erhalten, die sich als ein obrigkeitlicher Fremdkörper im sozialen Volksstaat darstellt. Die Erbitterung wider Volksrechte über den Geist, welchen diese Justiz in fast allen politisch gefärbten Streitfällen bekundet, hat einen Grad erreicht, der tiefgreifende Maßnahmen zu ihrer Gesundung als unaufschiebbar erscheinen läßt. Den Trägern der deutschen Rechtspflege muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nur im Geiste der geltenden Rechtsordnung im Geiste der sozialen und demokratischen Richtung Recht zu finden vermögen, und diesen Geist zum mindesten als eine geschichtliche Notwendigkeit innerlich bejahen. Für bürgerliche Feinde unserer republikanischen Verfassung darf in der republikanischen Justiz keine Stütze sein.“

„Folgt der Justizministerien ist es, durch sorgfältige Auslese des justizmündigen Nachwuchses, durch tatkräftige Staatsanwälte für die Erneuerung des Geistes in unsere Justiz Sorge zu tragen. Die Justizausbildung muß unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Studien neu geordnet werden. Wie vom Reichsjustizminister die Urteile der Sondergerichte, so müssen von den Justizministerien der Länder alle Urteile der außerordentlichen Gerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung einer Nachprüfung unterzogen werden. Bei der kommenden Justizreform haben die Gerichte, welche sich das besondere Vertrauen der Volkskreise erworben haben: die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, als Vorbilder zu dienen, wie die im Zeitalter des Klassenkampfes wachst umständlichen Gerichte auszugestalten sind.“

Die Strafgerichte sind mit Laienbeisitzern zu besetzen, die Schöffen und Geschworenen nach der Verhältnismäßigkeit zu wählen. Die Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern ist schleunigst durchzuführen. Die seit Jahren vorbereitete Neuordnung des Strafrechts, des Strafvollzuges und des Strafverfahrens muß an die Stelle des veralteten, auf Vergeltung und Abschreckung abzielenden Strafrechts treten. Todesstrafe und Schwereverlust sind abzuschaffen. Arbeitskraft und Koalitionsrecht ist besonders zu schützen. Die Abtreibungstrafe ist durchgreifend einzuschränken. Unsere völlig rückständiges Ehescheidungsrecht muß schnellstens umgestaltet, die verträglich vorgesehene Gleichstellung der unehelichen Kinder baldmöglichst verwirklicht werden. Der Zivilprozeß muß unter sozialen Gesichtspunkten neu geordnet werden, besonders durch Einführung des Güterverkehrs. Verzögert sich die Gesamtreform, so muß die Novellengesetzgebung eingreifen. Achtung vor dem Recht und Vertrauen in die Rechtspflege sind allgemeines Bedürfnis. Nur schnelle und durchgreifende Maßnahmen können sie retten.“

Nach der namentlichen Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes wurde u. a. ein Antrag Vogel-Karlsruhe angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag bekennt sich zu der Überzeugung, daß nur eine große Kampfgemeinschaft aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen Partei, wie sie zur ungeliebten Spaltung in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat. Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, sondern auch die Internationalen gewirkt, deren Wiedervereinigung zum Kampf gegen den völkerverhetzenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendiger ist, denn je. Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiedervereinigung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewalttäter gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt. Solange sich die organisierte Arbeiterbewegung, die nur durch Vereinbarungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erhalten des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.“

land ist in Gefahr! Würde kein Galt geboten, so wäre dies der Anfang vom blutigen Bürgerkrieg. Es steht mehr auf dem Spiele wie persönliches und Ständesinteresse. Mancher, der noch beiseite stand, wird sich jetzt mit uns zur Rettung von Volk und Vaterland zusammenfinden. Es dürfte zur Wahrheit werden, daß man das Böse gewollt und das Gute erreicht hat. Was wir brauchen, sei nicht verschärfter Kampf, sondern die Abmilderung der Gegensätze.

Abg. Marxhoff (Soz.): Die Situation wurde durch die Rede des Staatspräsidenten klarheit beleuchtet.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Daß in dem Statut der Geheimorganisation das mittelalterliche Wort „Fehme“ gebraucht wird, sollte man nicht für möglich halten. Wir werden mit den anderen Koalitionsparteien eine geschlossene Balance zum Schutze der Weimarer Verfassung bilden (Bravo). Zur Regierung und speziell zu unserem Justizminister haben wir das Vertrauen, daß die gesponnenen Fäden bis zum letzten Rest bloßgelegt werden.

Nach den Schlussworten der Abgeordneten D. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat.), Rager (D.-Nat.), Marum (Soz.), der unter anderem erklärte, daß die Sozialdemokratie unbedingtes Vertrauen zum Reichstagsabg. Dr. Wirth habe — und Dr. Schofer (Zentr.) nahm das Haus, wie schon mitgeteilt, den folgenden Antrag an (gegen die Stimme des einzigen noch im Saale anwesenden deutschnationalen Abg. Habermehl).

„Der Landtag spricht der Tätigkeit der Regierung zur Rettung der rechtmäßigen Verfassung und Aufhebung der staatsfeindlichen Geheimbünde seine volle Anerkennung aus. Er erwartet, daß das ganze Volk hinter die Regierung tritt, um die Ruhe, Ordnung und verfassungsmäßigen Rechte zu verteidigen.“

DZ. Karlsruhe, 24. September.

In der Nachmittagsitzung verabschiedete das Haus den Gesetzentwurf betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes. Berichterstatter war Abgeordneter Wittenmann (Ztr.) Stimmberechtig sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsdeutschen ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande wohnen. Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben (gemeint sind solche des Reiches und der Länder) mit dienstlichem Wohnsitz außerhalb Badens, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes, sind stimmberechtigt, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen, und im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes bei ihnen vorliegen. Sonst gelten für die Landtagswahlen die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Reichswahlordnung. Die Geltungsdauer des gegenwärtigen Landtags endigt mit dem Tode des zum Zusammenritte des neugewählten Landtags vorausichtlich am 9. November. Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung debattelos einstimmig angenommen. Nächste Sitzung, Dienstag, den 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Kleine Vorlagen.

### Die Katastrophe von Ludwigshafen.

Aus Ludwigshafen wird gemeldet:

Trotz angestrengtester Bergungsarbeiten ist es bis jetzt noch nicht gelungen, sämtliche Toten, die unter den Trümmern begraben sind, zu bergen. Die Zahl der Toten läßt sich daher noch immer nicht auch nur annähernd feststellen. Dazu kommt, daß Schwerverletzte in den verschiedensten Krankenhäusern ihren Verletzungen erliegen sind, wodurch ebenfalls die Feststellung der Todesopfer erschwert wird. An der Herausgabe einer Toten- und Vermissten-Liste wird zurzeit vom Bürgermeisteramt gearbeitet. Die Zahl der Toten wird zurzeit auf 400—500, die der Verletzten auf 1000 geschätzt. Diese Angaben wurden in einer Besprechung gemacht, die am Donnerstagabend zwischen dem Direktorium der Anilinfabrik und Sozialminister Oswald, Regierungspräsident v. Göttingen, sowie pfälzischen Reichs- und Landtagsabgeordneten stattfand. — In Oppau wurden bei Aufräumarbeiten noch zwei Frauen lebend geboren. Sie waren bemußlos, erholten sich aber bald. Dadurch, daß eine ungenutzte Wand sich brach an eine stehengebliebene Lege, entstand ein Hohlraum, in dem die beiden Frauen lagen. Diesem glücklichen Umstand verdanken sie ihr Leben.

Eine weitere Meldung besagt: Die Endgiffer der bei dem Unglück Getöteten wird sich kaum vor Ablauf einer Woche feststellen lassen. Man rechnet damit, daß eine Anzahl Toten nie mehr gefunden wird, weil die Explosion die unmittelbare in der Nähe beschäftigten Arbeiter buchstäblich in Felsen zerriß und verbrannt haben muß. In dem Silo selbst waren nach Angabe der Geschäftsleitung nur 70 Leute beschäftigt. Die Panik, die nach der Explosion entstand, hat die größte Zahl der Opfer gefordert. Das Stationsamt Mannheim hat der Ludwigshafener Eisenbahnbehörde zahlreiche Wagen für den Verwundetentransport zur Verfügung gestellt und gestern ging ein Sonderzug mit Schwerverwundeten nach Heidelberg. Die genaue Zahl der Verletzten kann nicht angegeben werden, da die Verwundeten in den verschiedensten Krankenhäusern untergebracht sind und viele der leichten Verletzten sich schon wieder zu Hause befinden.

Die erste Beisetzung von Opfern der Katastrophe fand am Freitag auf dem Hauptfriedhof statt. Zuerst wurden 11 Opfer, die der protestantischen Konfession, dann 11 Opfer, die der katholischen Konfession angehörten, beerdigt. Die beiden Geistlichen hielten kurze ergreifende Gedächtnisreden. Herzergreifende Szenen spielten sich an den offenen Gräbern ab. Eine große Menge Leidtragender wohnte dem Trauerakt bei. Stündlich kommen neue Transporte von Leichen zum Hauptfriedhof angefahren. Weit um die Leichenhalle herum und in dieser selbst sind die Toten in weißen, schmucklosen Särgen aufgebahrt.

Im Laufe des heutigen Tages findet in Berlin die konstituierende Sitzung des Reichshilfsausschusses für Oppau-Ludwigshafen statt. Spenden zur Verringerung der durch die Explosionskatastrophe hervorgerufenen Not können schon jetzt einbezahlt werden auf die Postkontos Berlin 117 000 und Frankfurt a. M. 55 000 (Reichsausschuß für Oppau-Ludwigshafen).

### Beileidsbezeugungen.

Der bayerische Ministerpräsident Graf von Lerchenfeld hat an den badischen Staatspräsidenten folgendes Deutsch- und Beileidstelegramm gesandt:

München, 23. September.

Für die freundnachbarliche Teilnahme und Anteilnahme herzlich dankend, spreche ich zugleich der Regierung und der Bevölkerung Badens, dessen Gebiet von dem furchtbaren Unglück so schwer mitbetroffen worden ist, das aufrichtigste Mitgefühl der Bayerischen Regierung aus.

gez. Ministerpräsident Graf von Lerchenfeld.

Von der sächsischen Regierung ist folgendes Beileidstelegramm eingegangen:

„Das schwere Unglück in Oppau, von dem auch Baden betroffen wurde, hat in Sachsen lebhafteste Anteilnahme hervorgerufen. Die sächsische Regierung versichert zugleich im Namen des sächsischen Volkes ihr herzlichste Mitgefühl.“

Gesamtministerium, Ministerpräsident: gez. Lud.



Ich zeige meine

# Herbst- und Winter- Neuheiten

in

Kostümen, Mänteln, Capes,  
Mantel- und Gesellschaftskleidern,  
Blusen, Strickjacken etc.

nur

in meinem Geschäftslokal sowie in meinen 4 Schaufenstern.

Große Auswahl :: Billige Preise.



## Frau M. Eisenhardt

Karlsruhe Kaiserstr. Ecke Adlerstr.  
Telefon 5680

### Badisches Landestheater.

Sonntag, den 25. September 1921  
vormittags, 11<sup>1/2</sup> Uhr im Zuschauerraum Veranstaltung des Theaterkulturverbands Vortrag von Prof. Franz Schreker Direktor der staatl. akad. Hochschule für Musik in Berlin über seine Oper:  
**Der Schatzgräber.**  
Rezitationen der Dichtung und Einführung in die Musik 6.—Mark, für Mitglieder des Theaterkulturverbandes und Inhaber von Eintrittskarten zum Zeitgenössischen Komponistenabend in der Festhalle halbe Preise.

Abends 6 bis nach 10 Uhr Mk. 25.--

### Lohengrin.

### Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.  
Rückstellungen: 80 Millionen M.

Niederlassungen in Baden:

**Mannheim u. Heidelberg  
Freiburg i. B. u. Konstanz**

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:

### Erich Bühler

Bank-Geschäft  
Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz  
empfiehlt sich zur Ausführung von  
**Bank-Geschäften jeder Art**  
zu den billigsten Sätzen. K. 271

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargoldern je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.  
Fachmännische Auskunft u. Beratung  
— in allen Geld-Angelegenheiten. —

### Romanus

feinster Damen- u. Herrenstiefel

### Petto

erstklassiger Jugendstiefel

### ALBERT HEIL

Kaiserstraße 205 [R. 628]

**KAPITAL** 3.577  
an Städte, Gemeinden, Körperschaften des öffentlichen Rechts beschafft  
**Ernst Hochberger, Stuttgart, Bank-Kommission.**

**Großes süddeutsch. Industrieunternehmen**  
das Lebensstellung mit Pensionsberechtigung bietet, sucht lebige

### erstklass. Kaufleute

im Alter von 25—35 Jahren mit höherer Schulbildung. Bewerber mit Auslandspraxis erhalten den Vorzug. Offerten mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit, Referenzen, Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermins unter **K. M. 207** an die Expedition der **Karlsru. Zeitg.**

### Charakter- deutung

(20 Zeilen in Tinte geschr.)  
Mark 6.60 R. 668b

### Grapholog. Institut S. R. Ritter

Karlsruhe, Körnerstraße 30.

### Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Süß (Här.)

### Bürgerl. Rechtspflege u. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.67.2 Karlsruhe. Der Buchhalter Ludwig Schäfer in Karlsruhe, Schillerstraße 9, hat beantragt, die verheiratete Joha. Fried. Gese, geb. Schäfer, geb. 13. Juli 1867 in Karlsruhe, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verheiratete wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf

Donnerstag, 18. Mai 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe B. 1, Adamiestraße 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 28, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufgeforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Karlsruhe, 15. Sept. 1921.  
Gerichtsschreiberei  
Bad. Amtsgerichts B. 1.

### Aufgebot.

3.68.2. Engen. Der Eisenhändler August Martini in Beuren a. N. hat beantragt, den Landwirt Valentin Bestner, geboren am 1. April 1877 in Beuren a. N. und zuletzt daselbst wohnhaft für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verheiratete wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf

Dienstag, 18. April 1922, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufgeforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Engen, 22. Aug. 1921.  
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

### Verf. Bekanntmachungen Ausgeschrieben.

Die im Staatsvoranschlag genehmigte Stelle eines leitenden technischen **Oberbeamten (Badedirektor)** für die Thermalbäderbetriebe des badischen Staates in Baden-Baden ist zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt zunächst vertragsmäßig mit Aussicht auf planmäßige Anstellung in Besoldungsgruppe X.  
In Betracht kommt ein Techniker mit Hochschulbildung, dessen Aufgabe die leitende Verwaltung der verschiedenen der Badanstaltenkommission unter-

stellten Betriebe insbesondere auch in technischer Hinsicht sein wird.

Er muß ferner Verständnis für technische, bautechnische und geologische Verhältnisse haben und in der Lage sein, praktische Vorschläge für Verbesserung der Einrichtungen und der Organisation der Badanstalten zu machen. Es wird ihm Sitz und Stimme in der Badanstaltenkommission eingeräumt werden.

Bewerber sind innerhalb 4 Wochen bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Badisches Bezirksamt.  
Badanstaltenkommission  
Baden-Baden.

**Rubholzverfeigerung**  
des Forstamtes St. Laffen am Donnerstag, den 29. September 1921, vormittags 9 Uhr, im Spritzenhaus in St. Laffen: 1500 Fhm. Nadelholzstämme u. Abschnitte. 3.98

### Öffentliche Verfeigerung

gegen Barzahlung, Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter 1 Kinder-sportwagen, Schneeschuhe, photogr. Apparate, Ferngläser, 2 Autoschlüssel, Herren- u. Damenuhren, Armbänder, Ringe, 1 Nipalpa-Eggschiff am Dienstag und Mittwoch, den 27. und 28. September 1921, vormittags 8 Uhr, u. nachmittags 2 Uhr beginnend, in dem Verfeigerungssaal Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Marquardthof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgeteilt. Karlsruhe, 15. Sept. 1921.  
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion